

Christliches Menschenbild als Maßstab der Politik

Welchen Sinn macht das noch?

ELKE MACK

Inhaberin der Professur für Christliche Sozialwissenschaft und Sozialethik, Katholisch-Theologische Fakultät, Universität Erfurt, Vertrauensdozentin der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich-Soziale Union (CSU) berufen sich in ihren Parteiprogrammen seit 1949 auf das *christliche Menschenbild* als die *Werteorientierung*, vor deren Hintergrund sie Politik gestalten wollen.

Aus Perspektive der christlichen Ethik stellt sich die Frage nach dem Sinn dieser Berufung

auf ein „christliches Menschenbild“ und danach, was genau eigentlich damit gemeint ist. Was bedeutet diese religiöse Orientierung für die reale Politik einer Volkspartei? Ist sie in den Augen der Parteien nicht bald obsolet, wenn es Mitte des 21. Jahrhunderts in Deutschland weniger als sechzig Prozent

Christen geben wird?¹ Volksparteien, die sich der Zukunft stellen, werden diese Wirklichkeit antizipieren und dabei fragen, ob sie ihrer religiösen Herkunft treu bleiben oder ihr weltanschauliches Profil verändern sollen.

Es gibt nun zwei Möglichkeiten: sich *erstens* angesichts dieser Prognosen zur Religion in Deutschland von der christlichen Situierung und Genealogie der CDU/CSU zu lösen, oder *zweitens*, sie neu zu bestimmen, zu konkretisieren und zu öffnen. Im ersten Fall müssten die christlichen Parteien nicht nur ihre Namen ändern, sondern verlören auch ihre weltanschauliche Identität. Es gibt bislang auch keine vergleichbare integrative westliche Wertorientierung, die von zweitausend Jahren Geistesgeschichte profitieren kann. Deshalb soll hier nur der zweiten Möglichkeit gefolgt werden: einer kritischen Neureflexion des „christlichen Menschenbildes“ und einer konstruktiven Perspektive für Volksparteien, die allen Menschen eine glaubwürdige Wertorientierung bieten wollen.

Was künftig in jedem Fall vermieden werden sollte, ist die Verwendung des „christlichen Menschenbildes“ als Leerformel. Nicht selten wirkt es wie eine Blackbox, aus der viele sekundäre Wertvorstellungen schlussfolgert werden, ohne zu prüfen, ob nicht ein christlicher Begriff vom Menschen eine sehr viel tiefer gehende politische Orientierung bieten kann.

DIE WÜRDE DES MENSCHEN ALS RECHTSANSPRUCH

Der Mensch wird seit der christlichen Antike als Person bezeichnet, was die besondere Stellung und Verantwortung des Menschen gegenüber seiner Mittewelt, aber auch der Natur gegenüber verdeutlicht. Die christliche Theologie spricht von menschlichen Personen, weil sie Gott ebenbildlich sind und von ihm geliebt werden, sodass er Jesus Christus hat Mensch werden lassen. Christen sind seither dazu angehalten, ihre Mitmenschen zu lieben wie sich selbst. Anders als andere Religionen, die sich als exklusiver Club verstehen, richtet sich diese moralische Verantwortung und humane Achtung im Christentum auf alle Menschen ohne Unterschied aus.

Seit der christlichen Renaissance wird von der *Würde jedes einzelnen Menschen* gesprochen, weil er nach freiem Willen die eigene Natur selbst bestimmt.² Hier zeichnet sich schon die besondere Subjektstellung des Menschen ab.³ Die Philosophie der Aufklärung schlussfolgert hieraus, dass jedem Menschen, unabhängig von Nation, Geschlecht oder Herkunft, unveräußerliche *Menschenrechte* zustehen. Die christliche Theologie hebt darüber hinaus die Möglichkeit des Menschen hervor, sich für mehr als seine eigenen kontingenten Interessen zu interessieren und sich an Ideen des Guten und Gerechten auszurichten – eine Fähigkeit des Menschen, die natürlich auch immer für Menschen anderer Religionen und Weltanschauungen gleichermaßen gilt.

Dies sind die Kernpunkte der ethischen und philosophischen Hintergründe einer, nicht ohne das Christentum denkbaren Erkenntnis über die Würde eines jeden einzelnen Menschen,⁴ die unabhängig von Diversität und Individualität, Leistung oder Krankheit, Reichtum oder Armut gelten und dessen Anspruch auf Menschenrechte begründet.

Auch wenn CDU und CSU auf diese anthropologische und ethische Tradition rekurrieren, bleibt der von ihnen verwendete Begriff des christlichen Menschenbildes jedoch oft vage, unscharf, unkonkret und missverständlich. Am gefährlichsten für die Parteien ist die Diskrepanz konkreter Realpolitik zu ihrem eigenen ethischen Anspruch, obwohl er als weltanschauliche Grundlage für ihre Politik eigentlich festgeschrieben ist. Gerade die konkrete innerparteiliche Interaktion, das strategische und machtorientierte Vorgehen Einzelner stehen oft im Widerspruch zur geforderten Orientierung am christlichen Anspruch.

Im Sinn eines christlichen Menschenbildes wäre es erforderlich, dass der machtfreie Diskurs, die Suche nach politischer Konsensfähigkeit und die demokratische Repräsentationsidee die Partei prägen. Innerparteiliche Fairness, proportionale Gleichrangigkeit zwischen Schwesterparteien, Ernstnehmen der einzelnen Mitglieder und ein demokratischer innerparteilicher Wettbewerb für politische Ämter dürften keine Ausnahmen, sondern müssten die Regel sein. Asymmetrische Machtpolitik und paternalistische Entscheidungen innerparteilicher Eliten demütigen die eigenen Parteimitglieder, weil sie einen berechtigten Anspruch auf demokratische Mitwirkung und Respekt vor Mehrheiten geltend machen.

ORIENTIERUNG AM GERECHTIGKEITSSINN DER MENSCHEN

Auch in anderen Fragen bewahrt eine Orientierung an christlichen Prinzipien eine Volkspartei vor vielfältigen Fehlern, etwa der Orientierung an nur einer Führungspersönlichkeit, vor Interessen- und Klientelpolitik, vor der Exklusion von Minderheiten und gesellschaftlichen Gruppen, vor dem Ausspielen identitären Merkmale gegen die Gleichrangigkeit aller, vor nationaler Überheblichkeit und ethnischer Exklusion, vor der vorschnellen Verdammung menschengerechter Traditionen, aber auch vor der Relativierung existenzieller Zukunftsfragen, wie des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen. Man könnte diese Aufzählung durch eine Reflexion politischer Probleme im Licht christlicher Prinzipien fortsetzen. Volksparteien wie die Union könnten folglich in pluralistischen, offenen Gesellschaften mithilfe ihrer eigenen christlichen Maßstäbe Profil gewinnen und Gesellschaften einen, statt sie zu polarisieren, indem sie das Gemeinsame suchen. Im Sinne der Prinzipien der Universalität, der Solidarität, der Nachhaltigkeit, der Subsidiarität und der

Personalität, die Gleichrangigkeit und Achtsamkeit erfordern und alle Menschen guten Willens inkludieren.

Hierbei ist zu bedenken, dass sich auch die Zivilmoral offener Gesellschaften beständig weiterentwickelt, zum Beispiel zurzeit in ökologischer und sozialer Hinsicht. Deshalb bedürfen auch Volksparteien der beständigen Anpassung an diese berechtigten Zielsetzungen, ohne ihre Prinzipien aufzugeben. Sie müssen sich, wenn sie die Menschen im christlichen Sinne wirklich ernst nehmen wollen, heute mehr denn je *am komplexen Gerechtigkeitssinn* ihrer Wählerschaft orientieren, der selbst im Wohlstand in tiefen Sorgen und Ängsten bezüglich ihrer Fremdbestimmung begründet ist.⁵

In einer Demokratie gibt es nichts Wichtigeres als die Glaubwürdigkeit staatlicher Institutionen und demokratischer Organisationen, denen die Menschen vertrauen müssen, weil sie durch deren Rahmenbedingungen geleitet und geführt werden. Sie wählen geheim mit ihrer *einen* Stimme aus, wem sie im Staat wirklich ihr Schicksal anvertrauen wollen und wem sie die Führungsqualität im Sinne einer menschlichen Größe und staatstragenden Verantwortungsfähigkeit zutrauen. Wenn es keinen Zweifel an der pragmatischen Menschlichkeit und sozialen Verantwortungsfähigkeit der Führungspersönlichkeit einer Regierung gibt, beschert das einer christlichen Volkspartei Mehrheiten und mehrfache Wiederwahlen.

HUMANITÄTSANSPRUCH GEGENÜBER ALLEN MENSCHEN

Wenn die CDU/CSU weiterhin vom „christlichen Menschenbild“ eine Orientierung erhalten will, dann muss sie dieses als *moralischen Maßstab für das absolute Ernstnehmen aller von Politik betroffenen Menschen* auch realpolitisch umsetzen. Sie sollte erkennen, dass sich die Orientierung am „Christlich Guten“ heute politisch dahingehend gewandelt hat, dass es zum *politischen Gerechtigkeitsauftrag* in Rechtsstaat und Demokratie wurde. Wie kann eine solch gerechte und humane Ausrichtung von Politik glaubhaft gelingen?

Humanität gegenüber den von der Politik Betroffenen bedeutet, den *Gerechtigkeitssinn aller* bewusst zu berücksichtigen, indem die Menschen regelmäßig nach ihren Bedürfnissen und Gerechtigkeitsvorstellungen tatsächlich befragt werden. Demoskopische Umfragen über vermutete Einzelthemen und -fragen sind hier bei Weitem unterkomplex und zeigen oft nur das Sekundäre auf. Die empirische Gerechtigkeitsforschung aller identifizierbaren Gruppen einer pluralen Gesellschaft müsste einen deutlich höheren Stellenwert für Volksparteien einnehmen, die sich ein so hohes ethisches Ideal gesetzt haben, die Gesellschaft in ihrer Mehrheit wirklich zu repräsentieren. Nur der umfassende *Humanitätsanspruch gegenüber allen Menschen* garantiert auf Dauer den Charakter einer Volkspartei, die die Pluralität der Bevölkerung auch in ihrer Führung abbilden muss.

Eine humane Politik ist heute nicht mehr *top-down* möglich, sondern vielmehr als Gerechtigkeitsorientierung von unten, von den Betroffenen her.⁶ Christliche Volksparteien verstehen sich im Vorfeld bestenfalls so, dass sie die verfassungsgemäßen und berechtigten Gerechtigkeitsbedürfnisse der Menschen erkennen, dann rational konträre Gerechtigkeitsvorstellungen diskutieren, Extreme in der Mitte zusammenführen, Interessen ausgleichen und in einer systematischen Programmatik vereinen. Normen und Gesetze sind nach ausgewogenen und ausführlichen gesellschaftlichen Diskursen demokratisch, jedoch im Optimalfall – auch im Parlament – vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Konsenses zu begründen. Auch in der parlamentarischen Verantwortung sollten Mandatsträger der Union durch die Mitwirkung an geeigneten Gesetzen des Rechtsstaates immer die humanste Lösung ermöglichen. Politik ist erst wahrhaft christlich, wenn auch hier an die am meisten Benachteiligten innerhalb von sehr ungleichen Wohlstandsgesellschaften gedacht wird, die es immer gibt und die eine Lobby brauchen. Eine Politik, die nicht für eine bestimmte Klientel, sondern wirklich für *Humanität in Gerechtigkeit* steht, überzeugt dann auch breite Mehrheiten; ihr Anspruch muss nur glaubhaft kommuniziert werden, und ihre Führungspersönlichkeiten müssen tatsächlich hierfür einstehen.

Insofern sollte die weltanschauliche Orientierung der CDU/CSU neu entdeckt und eine politische Programmatik gefunden werden, die den christlichen Hintergrund zutiefst menschlich und integrativ umsetzt. Dadurch kann der hohe moralische Anspruch selbst als Pluspunkt ausgespielt werden, weil er wirklich mit den, oft partikulären, moralischen Zielen anderer Parteien konkurrieren kann. Eine Orientierung am christlichen Menschenbild in einer repräsentativen Demokratie erweist sich darin, die Menschen in ihrer Verletzbarkeit, ihren Ängsten und ihren Bedürfnissen ernster zu nehmen als andere. Gerade die berechtigten Sorgen der Gesellschaft um ihre Zukunft sind politisch wirksam zu machen, die sich immer auf ihre persönliche Sicherheit und ihr eigenes Wohl, aber heute auch auf den kosmopolitischen Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen erstrecken. Christliche Parteien können dies im Sinne einer „Humanökologie“⁷ verfolgen, die die Sorge um die Ökologie als Funktion der Humanität anerkennt.

HUMANES MENSCHENBILD CHRISTLICHER PRÄGUNG

CDU und CSU stehen nun an einem ähnlichen Punkt wie in ihrer Gründungsphase nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Gründer wollten alle christlichen Konfessionen zusammenbringen, weil eine Wiederauflage des damaligen Zentrums als Partei der Katholiken ohne Protestanten niemals zu einer integrativen Volkspartei der Mitte geführt hätte. Jetzt stehen CDU/CSU an

einem ähnlichen Wendepunkt, an dem die Orientierung am Christentum allein dem Faktum des Pluralismus und Individualismus in der deutschen Bevölkerung nicht ausreichend Rechnung zu tragen scheint.

Die CDU/CSU wird deshalb ihre weltanschauliche Orientierung nicht mehr allein an der christlichen Tradition festmachen können, aber sehr wohl an dem, was das Christentum konsensfähig in säkulare und komplexe weltanschauliche Gesellschaften eingebracht hat: *die Orientierung an der Würde menschlicher Person*. Die Union muss ihre weltanschauliche Orientierung deshalb terminologisch weiten und zugleich zivilmoralisch schärfen. Mein Vorschlag ist, dass sie sich weiterhin an einem *humanen Menschenbild christlicher Prägung* orientiert, das als *Symbol für Humanität und Gerechtigkeit* steht, um auch in der Zukunft dem Faktum des Pluralismus und der Diversität in Deutschland gerecht zu werden.

Die christlichen Prinzipien der Humanität und der Würde der Person verstehen sich so integrativ, dass alle Menschen guten Willens erreicht werden können beziehungsweise ihnen sogar eine positive politische Hoffnung auf Anerkennung und Gerechtigkeit durch christliche Volksparteien gegeben werden kann. Diese sind bei einem solch humanen Politikverständnis definitiv auch für areligiöse Menschen oder Gläubige anderer Religionen (etwa eine Inklusion des humanen Islam⁸ und des Judentums) glaubwürdig, wenn christliche Politik im Sinne von Humanität und Gerechtigkeit eine inklusive politische Verantwortung für alle übernimmt. Die unantastbare Würde des Menschen steht bei einem *humanen Menschenbild christlicher Prägung* nämlich auch für Menschen, die nicht an Gott glauben, die jedoch legitime Gerechtigkeitsbedürfnisse haben, für die christliche Parteien einstehen. Sie übernehmen gern Verantwortung für eine soziale Politik für alle Menschen und deren natürliche Lebensgrundlagen, weil sie die bewusste Rückbindung an die christlich-westliche Geistesgeschichte und humane Rechtskultur beibehalten, welche die unvergleichliche Wertschätzung des individuellen Menschen und die Garantie seiner und ihrer Rechte erst ermöglicht hat.

VERANTWORTUNG FÜR DIE VIELFALT AN GERECHTIGKEITSANSPRÜCHEN

Gemäß einem *humanen Menschenbild christlicher Prägung* müssen sich christliche Volksparteien deshalb zur Umsetzung der Gerechtigkeitsansprüche aller spezifischen Gruppen gleichermaßen und ausgewogen verpflichtet fühlen: Chancengerechtigkeit, Beteiligungsgerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit, Gendergerechtigkeit, globale Gerechtigkeit, intergenerationale Gerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit beziehungsweise ökologische Gerechtigkeit.⁹ Jede Gerechtigkeitsdimension ist wichtig und gegebenenfalls fortzuschreiben, weil jede einzelne für

bestimmte Bevölkerungsgruppen in ihren Grundbedürfnissen und primären politischen Sorgen in einem Staat steht. Wie bereits Aristoteles erkannte, besteht die Höchstform politischer Gerechtigkeit und damit auch die Glaubwürdigkeit von Politik darin, aus allen politischen Gerechtigkeitsdimensionen die rechte Mitte zu finden und jeder und jedem das Ihre zukommen zu lassen.

Wenn die Christlich Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union bewusst die Verantwortung für diese Vielfalt an Gerechtigkeitsansprüchen für alle Betroffenen mittels ihrer Ausrichtung an einem *humanen Menschenbild christlicher Prägung* übernehmen, werden sie wieder maßgebliches Vertrauen unter einer breiten Mehrheit der Menschen gewinnen können. Ihr „C“ erhöht ihre moralische Glaubwürdigkeit, wenn sie sich umfassend auf die damit verbundene ethische Verantwortung einlassen und sich aufgrund dessen neu auf alle Menschen guten Willens ausrichten.

¹ Verteilung der Bevölkerung in Deutschland nach Religionszugehörigkeit im Jahr 2010 und Prognose bis 2050, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/701006/umfrage/verteilung-der-bevoelkerung-in-deutschland-nach-religionszugehoerigkeit/> [letzter Zugriff: 11.10.2021].

² Giovanni Pico della Mirandola: *Oratio de hominis dignitate*. Rede über die Würde des Menschen, 1486.

³ Elke Mack: „Ist der Mensch immer zugleich Person? Zu anthropologischen Prämissen Christlicher Sozialethik“, in: Die Neue Ordnung, Nr. 4/2001, S. 268–281.

⁴ Hans Joas: *Die Sakralität der Person. Eine neue Genealogie der Menschenrechte*, Berlin 2011. Heinrich August Winkler: *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 2009.

⁵ Bernhard Preusche: *Sozialstaat im Überlegungsgleichgewicht. Die Kohärenz von Sozialrecht, Gerechtigkeitsvorstellungen und katholischer Soziallehre zur Erarbeitung sozialstaatlicher Qualitätskriterien*, Baden-Baden 2015.

⁶ Elke Mack: *Eine Christliche Theorie der Gerechtigkeit*, Baden-Baden 2015 und 2017.

⁷ Papst Franziskus: *Laudato si! Die Umwelt-Enzyklika des Papstes*, Freiburg 2015.

⁸ Mouhanad Khorchide: *Gott glaubt an den Menschen. Mit dem Islam zu einem neuen Humanismus*, Freiburg 2017.

⁹ Gerechtigkeitsdimensionen in alphabetischer Reihenfolge ohne Priorisierung; es obliegt der konkreten Politik, diese zu gewichten.